

"Menschenwürdig statt prekär"

KABÖ fordert Reform der 24-Stunden-Personenbetreuung in Österreich

Ein Symposium aller deutschsprachigen Katholischen Arbeitnehmer:innen-Bewegungen zum Thema „Menschenwürdig statt prekär“ Mitte Februar hat deutlich aufgezeigt, dass in Mitteleuropa ein zum Teil dramatischer Pflegenotstand festzustellen ist. Die Pandemie hat diese Situation zusätzlich verschärft. Viele Pflegekräfte haben während der Corona-Krise das Handtuch geworfen – Überarbeitung, schlechte Arbeitsbedingungen, dazu wenig Gehalt und zuletzt Mobbing durch Impfkritiker:innen spielten dabei eine Rolle. Besonders beleuchtet wurde im Rahmen der Online-Konferenz die Situation der 24-Stunden-Personenbetreuung. Dabei wurden arbeitsrechtliche, soziale und psychologische Problemstellungen debattiert, u.a. die Form der ausbeuterischen illegalen Beschäftigung in hunderttausenden deutschen Haushalten. In einem Referat über die österreichischen Verhältnisse gab der Vorsitzende der KAB Steiermark, Martin Hochegger, einleitend einen Gesamtüberblick über die Situation der Pflege in Österreich und wies vor allem auf den eklatanten Personalmangel hin. Anschließend beleuchtete er die Situation rund um die häusliche Pflege und um die 24-Stunden-Personenbetreuung durch Arbeitsmigrant:innen aus Osteuropa. Anlässlich des Symposiums führten **MARTIN HOCHEGGER UND KARIN LIEBENWEIN** nachfolgendes Interview mit dem Referenten und Agenturbetreiber **KLAUS KATZIANKA**.

ZZ Herr Katzianka, vielen Dank für Ihre Bereitschaft uns ein Interview zur Thematik der 24-Stunden-Betreuung zu geben. Sie selber leiten ja seit vielen Jahren eine Agentur. Was sind die Schwerpunktbereiche ihrer Agentur?

KK Der Schwerpunkt liegt in der Vermittlung von Personen für die 24-Stunden-Betreuung und vor allem auch für die Betreuung von Menschen mit beginnender Demenz. Dabei geht es um eine qualitativ hochstehende Lebens- bzw. Alltagsbegleitung. Natürlich spielt da auch fallweise die Pflege mit hinein. Dieser Teil ist jedoch geringer als allgemein angenommen. Wichtig dabei war und ist mir immer das persönliche recruiting – für mich kommt es immer auf die Wertorientierung der Bewerber:innen und den achtsamen Umgang mit den zu Betreuenden an. Ich bezahle deshalb meinen Betreuer:innen mehr als das übliche Honorar.

ZZ Sie gelten in der Öffentlichkeit als Kritiker und Mahner, haben 2005 ein eigenes Pflegevolksbegehren initiiert. Hat sich seither was getan oder hat die Politik diese Thematik wie eine heiße Kartoffel vor sich hergeschoben?

KK Leider hat die Politik sich dieser Problematik nie ernsthaft angenom-

men. Von Seiten der Politik hat man durch die gewählte Form der sogenannten Selbstständigkeit die kostengünstigste Variante gewählt und mit der Bereitschaft von Betreuer:innen aus Osteuropa spekuliert, um billiges Geld in Österreich zu arbeiten. Auch die großen Senior:innenverbände und Interessensvertretungen zeigten in der Vergangenheit nicht wirklich ein ernsthaftes Interesse an Verbesserungen.



Klaus Katzianka, Agenturbetreiber

FOTO: PRIVAT

ZZ Wie erklären Sie sich die Tatsache dass in einem Land mit rund 9 Millionen Einwohner:innen mehr als 800 Agenturen in diesem Vermittlungsgeschäft tätig sind?

KK Sie sprechen eines der Hauptprobleme in der Betreuung an. Je mehr Agenturen es am Markt gibt, umso größer ist der Verdrängungswettbe-

werb nach unten. Diese Agenturen erzeugen einen Dumpingprozess mit „Billigangeboten“ und schlechter Qualität. Viele dieser Agenturen wollen nur eines machen: Schnelles Geld und hohen Profit.

ZZ Die Personen, die vermittelt werden – meistens aus Niedriglohnländern aus Osteuropa – arbeiten als selbstständige Ein-Personen-Unternehmer:innen, obwohl weder Ort, Zeit, noch Inhalt der Arbeit den Charakter von Selbstständigkeit haben. Es handelt sich also um eine Scheinselbstständigkeit. Wie kann man das vernünftig und fair lösen?

KK Wenn wir den Bereich von der Selbstständigkeit in die Unselbstständigkeit führen, so würde die Betreuung sich massiv verteuern. Da reden wir dann von monatlichen Kosten von 7000 bis 12 000 Euro pro betreuter Person. Das ist für die Betroffenen und deren Familien nicht finanzierbar. Ich muss daher politisch einen Mittelweg zwischen Selbstständigkeit und Unselbstständigkeit finden. Wir brauchen für diese Thematik eine Sonderregelung.

ZZ Eine soziale Absicherung dieser Personen scheint kaum vorhanden, es gibt keinen arbeitsrechtlichen Schutz, und



Klaus Katzianka zur Situation der 24-Stunden-Kräfte: „Der derzeitige Zustand ist menschenunwürdig und erzeugt darüber hinaus prekäre Altersarmutssituationen durch niedrige Pensionen“. FOTO: PEXELS/MATTHIAS ZOMER

der Verdienst mit zwei bis drei Euro die Stunde 24 Stunden pro Tag ist mehr als bescheiden.

KK Der derzeitige Zustand ist menschenunwürdig und erzeugt darüber hinaus prekäre Altersarmutssituationen durch niedrige Pensionen. Insofern wird es immer weniger Motivation geben in die Ausübung dieser Tätigkeiten zu gehen. Und es wird in Kürze zu einem Pflegenotstand kommen. Eine finanzielle Besserstellung wurde auch durch das über viele Jahre nicht erhöhte Pflegegeld verhindert. Wenn wir diesen Bereich im Rahmen einer Pflegereform auf neue Beine stellen wollen, muss die Politik mehr Geld in die Hand nehmen. Das haben sich die alten Menschen in Österreich verdient.

ZZ Viele arbeiten als Betreuer:in, obwohl im Arbeitsalltag auch sehr viele pflegerische Tätigkeiten durchgeführt werden müssen. Hier gibt es unseres Erachtens eine enorme Grauzone zwischen Betreuung und Pflege.

KK Was die Regelung rund um die Pflege betrifft, würde dem behandelnden Hausarzt eine steuernde Rolle zukommen. Auf der Basis seiner Expertise müsste in Zukunft der Pflegeeinsatz durch qualifiziertes Personal geregelt werden. Und damit auch der Bereich der Qualifikationen und der Dokumentationspflicht. Eine wirkliche persönliche Assistenz wird in Österreich kaum realisierbar sein, da es nicht finanzier-

bar ist. Die derzeitigen Modelle, die in einigen Bundesländern eingeführt werden, führen zu Verzerrungen im Angebot. Was wir brauchen sind bundesweite Regelungen.

ZZ Was würden Sie sich als Agenturchef wünschen?

KK Wir brauchen eine massive Verbesserung des Einkommens unter ande-

rem durch eine deutliche Erhöhung des staatlichen Fördergeldes, weiters eine Erhöhung des Pflegegeldes im Ausmaß von 15 bis 20%. Dabei sollte der Demenzbereich besonders behandelt und abgegolten werden. Übergeordnet benötigen wir ein faires "Pflegefinanzierungsmodell" sowie die Installierung eines eigenen Staatssekretariats für Betreuung und Pflege.

Erste österreichische Gemeinwohl-Werkstatt am 15.6. in Graz

Ein „gutes Leben für alle“ benötigt Rahmenbedingungen, die weit über die unmittelbaren Interessen von Arbeitnehmer:innen hinausreichen. Das gilt auch für andere Bereiche zivilgesellschaftlichen Engagements. So wünschte sich Caritas Präsident Michael Landau im Jänner 2020, „dass künftige Gesetze und Verordnungen nicht nur einem Klima-Check, sondern auch einem Armuts-Check unterzogen werden.“ Ins selbe Horn stößt SOS Kinderdorf Österreich im November 2021: „Damit Kinderrechte bei politischen Entscheidungen verlässlich berücksichtigt werden, fordern wir dringend einen erweiterten Jugend-Check für alle neuen Gesetze.“ Und im Jänner dieses Jahres fordert Julian Christian von der Bundesjugendvertretung eine „institutionelle Einbindung bei politischen Entscheidungen“. Genau darum geht es bei der am 15. Juni in Graz stattfindenden Gemeinwohl-Werkstatt. Wir suchen nach Antworten, wie wir die institutionelle Struktur unserer Demokratie dahingehend verbessern können, um allen Menschen in unserem Land ein gutes Leben gewährleisten zu können. Das diesjährige Treffen bietet 15 engagierten Demokrat:innen Platz für ihre Beratungen. Hans Holzinger von der Robert-Jungk-Bibliothek wird die ganztägige Veranstaltung im Format einer Zukunftswerkstatt moderieren. *Arno Niesner*

WEITERE INFOS:

www.gemeinwohlcontrolling.net (Menü „Veranstaltungen“)